

Protokoll 131. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 3. Februar 2021, 17.00 Uhr bis 20.00 Uhr, in der Halle 9
der Messe Zürich

Vorsitz: Präsidentin Helen Glaser (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Anwesend: 115 Mitglieder

Abwesend: Tobias Baggenstos (SVP), Markus Baumann (GLP), Anjushka Früh (SP), Albert Leiser (FDP), Andrea Leitner Verhoeven (AL), Christina Schiller (AL), Thomas Schwendener (SVP), Natascha Wey (SP), Vera Ziswiler (SP), Martina Zürcher (FDP)

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|-------------------------|--|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2021/22 | * Weisung vom 20.01.2021:
Elektrizitätswerk, Verkauf der Wohnüberbauungen Veia da Prada in Tiefencastel und Veia Cantunala 133A1–133E1 in Tinizong, Vertragsgenehmigung | VIB |
| 3. | 2021/23 | * Weisung vom 20.01.2021:
Amt für Städtebau, Teilrevision privater Gestaltungsplan «Hürli-
mann-Areal», Zürich-Enge, Kreis 2 | VHB |
| 4. | 2021/27 | * Postulat der Grüne- und AL-Fraktion vom 20.01.2021:
E Verstärkung der Kompetenzen im Umgang mit psychisch kranken Personen im Rahmen der Aus- und Weiterbildung der Stadtpolizei | VSI |
| 5. | 2021/28 | * Postulat der GLP-Fraktion vom 20.01.2021:
E Berücksichtigung der in der Fachplanung Hitzeminderung definierten Handlungsansätze bei allen städtischen Bauprojekten | VHB |
| 6. | 2021/30 | * Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Roger Bartholdi (SVP)
E vom 20.01.2021:
Aufhebung des Fahrverbots auf der Dachslernstrasse zwischen Stampfenbrunnen- und Feldblumenstrasse sowie Regelung der Fahrbeziehung aus der Karstlernstrasse nach Schlieren über die Badenerstrasse | VSI |

- | | | | | |
|-----|--------------------------|--------|--|-----|
| 7. | 2021/29 | *
A | Postulat von Yasmine Bourgeois (FDP), Mélissa Dufournet (FDP) und 26 Mitunterzeichnenden vom 20.01.2021:
Rückzug der Weisung 2020/477 betreffend Rahmenkredit für die Einführung einer Züri City-Card und Abschreibung der entsprechenden Motion | STP |
| 8. | 2019/371 | E/T | Postulat der GLP-Fraktion vom 04.09.2019:
Standardmässige Anwendung der E-Partizipation bei klar strukturierten Prozessen | STP |
| 9. | 2019/417 | A | Postulat von Marco Denoth (SP) vom 25.09.2019:
Anlaufstelle für die Sammlung und Vermittlung von Bildungs- und Vereinsangeboten für romanisch sprechende Menschen | STP |
| 10. | 2019/473 | A | Postulat von Olivia Romanelli (AL) und Ernst Danner (EVP) vom 30.10.2019:
Errichtung eines Bronze-Denkmal für Katharina von Zimmern auf dem Münsterhof | STP |
| 11. | 2019/560 | E/A | Postulat von Luca Maggi (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) vom 18.12.2019:
Verzicht auf eine finanzielle Beteiligung der Flughafen Zürich AG am Flughafenprojekt «Nijgadh» in Nepal und Bericht über die Rolle des Stadtrats in der Flughafen Zürich AG | STP |
| 12. | 2020/95 | | Interpellation der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 16. März 2020:
Schreiben der UN-Sonderberichterstatterin für das Recht auf Wohnen über die Verletzung der Grundrechte der betroffenen Mieterinnen und Mieter im Rahmen der Bauprojekte «Brunaupark» in Zürich, Stellungnahme der Stadt zuhanden des Bundes und zum Einbezug in die Entwicklung des Bauvorhabens, zur Information der Mieterinnen und Mieter sowie zum Vorgehen bei Leerkündigungen | STP |
| 13. | 2020/166 | E/A | Postulat von Dr. David Garcia Nuñez (AL) und Andreas Kirstein (AL) vom 06.05.2020:
Bericht über die sozialen und politischen Auswirkungen des Spanischen Bürgerkriegs auf die damaligen Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Zürich | STP |
| 14. | 2020/182 | E/A | Postulat von Michael Schmid (FDP), Andreas Kirstein (AL) und 46 Mitunterzeichnende vom 13.05.2020:
Verzicht auf das Gemeinderatsfest in dieser Legislaturperiode | STP |
| 15. | 2020/184 | E/A | Postulat von Alexander Brunner (FDP), Elisabeth Schoch (FDP) und 7 Mitunterzeichnenden vom 13.05.2020:
Senkung der Mietgebühren von städtischen Räumen für Startups bis Ende Jahr | STP |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen der Ratspräsidentin werden zur Kenntnis genommen.

Mischa Schiowow (AL) beantragt die Absetzung von TOP 19, GR Nr. 2020/274, «Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 24.06.2020: Ergänzungsbericht für den Perimeter Ueberlandpark betreffend die sozialräumliche Entwicklung des Gebiets» von der heutigen Tagliste.

Der Rat stimmt dem Antrag von Mischa Schiowow (AL) stillschweigend zu. Das Geschäft wird in einer nächsten Sitzung neu traktandiert.

Geschäfte

3527. 2021/22

Weisung vom 20.01.2021:

Elektrizitätswerk, Verkauf der Wohnüberbauungen Veia da Prada in Tiefencastel und Veia Cantunala 133A1–133E1 in Tinizong, Vertragsgenehmigung

Die Zuweisung an die SK TED/DIB gemäss Antrag des Stadtrats war an der Sitzung des Büros vom 1. Februar 2021 umstritten.

Simon Diggelmann (SP) stellt namens der SP-Fraktion den Antrag auf Zuweisung an die SK FD.

Der Rat lehnt den Antrag des Stadtrats mit 30 gegen 75 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Damit ist das Geschäft der SK FD überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3528. 2021/23

Weisung vom 20.01.2021:

Amt für Städtebau, Teilrevision privater Gestaltungsplan «Hürlimann-Areal», Zürich-Enge, Kreis 2

Zuweisung an die SK HBD/SE gemäss Beschluss des Büros vom 1. Februar 2021

3529. 2021/27

Postulat der Grüne- und AL-Fraktion vom 20.01.2021:

Verstärkung der Kompetenzen im Umgang mit psychisch kranken Personen im Rahmen der Aus- und Weiterbildung der Stadtpolizei

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Stephan Iten (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

3530. 2021/28

Postulat der GLP-Fraktion vom 20.01.2021:

Berücksichtigung der in der Fachplanung Hitzeminderung definierten Handlungsansätze bei allen städtischen Bauprojekten

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Elisabeth Schoch (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion einen Textänderungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

3531. 2021/30

Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Roger Bartholdi (SVP) vom 20.01.2021:

Aufhebung des Fahrverbots auf der Dachslernstrasse zwischen Stampfenbrunnen- und Feldblumenstrasse sowie Regelung der Fahrbeziehung aus der Karstlernstrasse nach Schlieren über die Badenerstrasse

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Davy Graf (SP) stellt namens der SP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

3532. 2021/29

Postulat von Yasmine Bourgeois (FDP), Mélissa Dufournet (FDP) und 26 Mitunterzeichnenden vom 20.01.2021:

Rückzug der Weisung 2020/477 betreffend Rahmenkredit für die Einführung einer Züri City-Card und Abschreibung der entsprechenden Motion

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Mélissa Dufournet (FDP) vom 27. Januar 2021 (vergleiche Beschluss-Nr. 3503/2021)

Die Dringlicherklärung wird von 51 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR nicht erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

3533. 2019/371**Postulat der GLP-Fraktion vom 04.09.2019:
Standardmässige Anwendung der E-Partizipation bei klar strukturierten
Prozessen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Walter Angst (AL) zieht den namens der AL-Fraktion am 2. Oktober 2019 gestellten Textänderungsantrag zurück.

Es wird kein Ablehnungs- oder Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3534. 2019/417**Postulat von Marco Denoth (SP) vom 25.09.2019:
Anlaufstelle für die Sammlung und Vermittlung von Bildungs- und Vereins-
angeboten für romanisch sprechende Menschen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Marco Denoth (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1720/2019).

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die vorhandenen Angebote für romanischsprachige Menschen in Zürich bekannt gemacht werden können. NeuzuzügerInnen sollen aktiv über Bildungs- und Vereinsangebote informiert werden und diese sollen gut auffindbar auf der Webpage der Stadt aufgeführt sein. Dazu soll eine Anlaufstelle geschaffen werden, welche aktiv die Bildungs- und Vereinsangebote sammelt und diese in geeignetem Rahmen an die Zürcherinnen und Zürcher weitergibt.

Marco Denoth (SP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 95 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3535. 2019/473**Postulat von Olivia Romanelli (AL) und Ernst Danner (EVP) vom 30.10.2019:
Errichtung eines Bronze-Denkmal für Katharina von Zimmern auf dem Münster-
hof**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Olivia Romanelli (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1834/2019).

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Renate Fischer (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob der letzten Äbtissin von Zürich, Katharina von Zimmern, neben dem abstrakten Denkmal im Kreuzgang des Fraumünsters, ein figuratives Denkmal in der Innenstadt auf dem Münsterhof ein würdiges Bronze-Denkmal errichtet werden kann.

Olivia Romanelli (AL) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 96 gegen 12 Stimmen (bei 1 Enthaltung) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3536. 2019/560

Postulat von Luca Maggi (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) vom 18.12.2019: Verzicht auf eine finanzielle Beteiligung der Flughafen Zürich AG am Flughafenprojekt «Nijgadh» in Nepal und Bericht über die Rolle des Stadtrats in der Flughafen Zürich AG

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Luca Maggi (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2060/2019).

Roger Bartholdi (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 5. Februar 2020 gestellten Ablehnungsantrag.

Andreas Kirsten (AL) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er seine Beteiligung an der Flughafen Zürich AG dahingehend wahrnehmen kann, dass sich diese nicht als Investorin an internationalen Flughafenprojekten am geplanten Flughafenprojekt „Nijgadh“ in Nepal beteiligt, welche den umwelt- und sozialpolitischen Zielen der Stadt Zürich entgegenstehen. Sollte sich die Flughafen Zürich AG entgegen diesen Bemühungen des Stadtrates an solchen am Projekten beteiligen, wird der Stadtrat aufgefordert zu prüfen, welche Konsequenzen er aus diesem Entscheid zieht. Zusätzlich wird der Stadtrat aufgefordert dem Gemeinderat Bericht zu erstatten, welche Rolle er in der Flughafen Zürich AG einnimmt resp. einzunehmen beabsichtigt und welche Erfolge in Bezug auf die politischen Ziele der Stadt Zürich er dabei verbuchen kann.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Luca Maggi (Grüne) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 75 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3537. 2020/95

**Interpellation der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 16.03.2020:
Schreiben der UN-Sonderberichterstatteerin für das Recht auf Wohnen über die
Verletzung der Grundrechte der betroffenen Mieterinnen und Mieter im Rahmen
der Bauprojekte «Brunaupark» in Zürich, Stellungnahme der Stadt zuhanden des
Bundes und zum Einbezug in die Entwicklung des Bauvorhabens, zur Information
der Mieterinnen und Mieter sowie zum Vorgehen bei Leerkündigungen**

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 847 vom 16. September 2020).

Walter Angst (AL) nimmt Stellung.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

3538. 2020/166

**Postulat von Dr. David Garcia Nuñez (AL) und Andreas Kirstein (AL) vom
06.05.2020:
Bericht über die sozialen und politischen Auswirkungen des Spanischen Bürger-
kriegs auf die damaligen Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Zürich**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. David Garcia Nuñez (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2425/2020).

Stefan Urech (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 3. Juni 2020 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt die die Stadtpräsidentin Stellung.

Das Postulat wird mit 62 gegen 47 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3539. 2020/182

**Postulat von Michael Schmid (FDP), Andreas Kirstein (AL) und 46 Mitunterzeich-
nende vom 13.05.2020:
Verzicht auf das Gemeinderatsfest in dieser Legislaturperiode**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Matthias Probst (Grüne) zieht den namens der Grüne-Fraktion am 3. Juni 2020 gestellten Ablehnungsantrag zurück.

Es wird kein Ablehnungs- oder Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3540. 2020/184

**Postulat von Alexander Brunner (FDP), Elisabeth Schoch (FDP) und 7 Mitunterzeichnenden vom 13.05.2020:
Senkung der Mietgebühren von städtischen Räumen für Startups bis Ende Jahr**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Alexander Brunner (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2461/2020).

Felix Moser (Grüne) begründet den namens der Grüne-Fraktion am 10. Juni 2020 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Isabel Garcia (GLP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird beauftragt, die Mietgebühren für von der Stadt vermietete Räume für Startups bis Ende Jahr zu senken oder wo möglich ganz auszusetzen. Bei Unter-/Weitervermietungen ist sicherzustellen, dass die Mietsenkungen weitergegeben werden.

Alexander Brunner (FDP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 86 gegen 24 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

3541. 2021/44

**Motion von Markus Kunz (Grüne), Beat Oberholzer (GLP) und 1 Mitunterzeichnenden vom 03.02.2021:
Abgabe auf dem Energieträger Gas analog der Verordnung über gemeinwirtschaftliche Leistungen des ewz**

Von Markus Kunz (Grüne), Beat Oberholzer (GLP) und 1 Mitunterzeichnenden ist am 3. Februar 2021 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, den Entwurf für einen Erlass vorzulegen, mit dem eine analoge Abgabe auf den Energieträger Gas eingeführt wird, wie sie im Rahmen der Verordnung über gemeinwirtschaftliche Leistungen des Elektrizitätswerks der Stadt Zürich (ewz) im Rahmen der 2000-Watt-Ziele (VGL ewz, AS 732.360) beim Strombezug bereits besteht.

Begründung:

Liest man die Bestimmungen zu den gemeinwirtschaftlichen 2000-Watt-Leistungen der Stadt, so bleibt unklar, weshalb diese nicht auch auf das Gasnetz und die GasbezügerInnen anwendbar sein sollten. Als «Verteilnetzvertreiberin» (von Erdgas) im Sinne von Artikel 1 der VGL ewz steht die Energie 360° AG analog genauso in der Pflicht wie das ewz, und es ist daher nicht einsehbar, warum die GasbezügerInnen im Sinne der Kostenwahrheit nicht auch zu den Kosten einer 2000-Watt-Gesellschaft beitragen sollten.

Dies gilt umso mehr, als Erdgas direkte CO₂-Emissionen verursacht, was etwa bei einem reinen Solarstrombezug bzw. bei erneuerbaren Energien sehr viel weniger der Fall ist. Kommt hinzu, dass beim Rückbau des Gasnetzes und der anstehenden Dekarbonisierung der Stadt hohe Kosten entstehen können, im Zusammenhang mit Restwertentschädigungen, Stilllegungen, usw. Diese Kosten sollten im Sinne der Generationengerechtigkeit vorab von den heutigen GasbezügerInnen getragen werden. Liest man etwa, dass auch der Heizungsersatz einen 2000-Watt-Beitrag erhalten kann, so wird erst recht nicht klar, warum die StrombezügerInnen so etwas alleine subventionieren sollten.

Eine Abgabe auf den Gasbezug wäre lenkungswirkend und würde die Gaskonversion fördern. Sie ist daher klima- und energiepolitisch erwünscht. Die alleinige Übernahme der 2000-Watt-Lasten durch die StrombezügerInnen ist ungerecht und wettbewerbsverzerrend.

Mitteilung an den Stadtrat

3542. 2021/45

Postulat von Vera Ziswiler (SP) und Alan David Sangines (SP) vom 03.02.2021: Bericht über mögliche Massnahmen für einen erleichterten Zugang zur Sozialhilfe und zu Personengruppen, die trotz Anspruch keine Sozialhilfe beziehen

Von Vera Ziswiler (SP) und Alan David Sangines (SP) ist am 3. Februar 2021 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten, in einem Bericht darzulegen, welche Personengruppen keine Sozialhilfe beziehen, obwohl sie aufgrund ihrer finanziellen Situation darauf angewiesen wären. Im Bericht sollen Massnahmen aufgezeigt werden, wie der Zugang zur Sozialhilfe erleichtert bzw. ermöglicht und die materielle Situation der betroffenen Menschen verbessert werden kann.

Begründung:

Die Situation rund um die Covid-Pandemie verdeutlicht auf dramatische Weise, dass der Zugang zur Sozialhilfe aus unterschiedlichen Gründen verbaut sein kann. Während die einen aus grundsätzlichen Überlegungen (wie beispielsweise Scham) auf Sozialhilfeanträge verzichten, fürchten sich andere aus migrationsrechtlichen Gründen vor dem Bezug der Sozialhilfe oder ihnen ist der Zugang rechtlich komplett verwehrt. Dabei ist die Sozialhilfe ein Grundpfeiler für den sozialen Frieden in der Schweiz. Sie springt ein, um die soziale Sicherung von Menschen in Notsituationen zu garantieren.

Gerade während der Covid-Pandemie hat sich die wirtschaftliche Situation von zahlreichen Personen massiv verschlechtert und es ist zu befürchten, dass die Zahl der Betroffenen noch steigen wird. Viele Menschen kommen finanziell kaum noch über die Runden und wären aufgrund ihrer finanziellen Verhältnisse auf Sozialhilfe angewiesen und auch berechtigt, diese Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Zahlreiche Rückmeldungen von Beratungsstellen und Fachpersonen zeigen aber, dass viele anspruchsberechtigte Personen aus diversen Gründen darauf verzichten, Sozialhilfe zu beantragen. Die Sozialhilfe ist als letztes soziales Sicherungsnetz jedoch von enormer Bedeutung und ein Verzicht kann mittel- und langfristig negative Konsequenzen für die betroffenen Menschen nach sich ziehen. Dazu gehören etwa Beteiligungen und Schulden, massive psychische und physische Belastungen durch Stress- und Drucksituationen, Beeinträchtigung der Gesundheit, Ausschluss aus dem sozialen und kulturellen Leben, Benachteiligung im schulischen Kontext für Kinder, usw.

Aus diesen Gründen soll (nicht nur für die Covid-Pandemie, sondern darüber hinaus) untersucht und in einem Bericht dargelegt werden, welche Personengruppen aus welchen Gründen keine Sozialhilfe beantragen können oder wollen, obschon die finanzielle Notwendigkeit dafür vorhanden wäre. Zugleich sollen Massnahmen und Handlungsspielräume (inkl. Umsetzung) aufgezeigt werden, wie der Zugang der unterschiedlichen Personengruppen verbessert werden kann, um sicherzustellen, dass Menschen in Notsituationen unterstützt werden können und möglichst verhindert wird, dass Menschen in Armut leben (müssen).

Mitteilung an den Stadtrat

3543. 2021/46**Postulat von Alan David Sangines (SP) und Vera Ziswiler (SP) vom 03.02.2021:
Bericht über Massnahmen zur Verbesserung der Situation von armutsbetroffenen
und armutsgefährdeten Erwerbstätigen**

Von Alan David Sangines (SP) und Vera Ziswiler (SP) ist am 3. Februar 2021 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten, in einem Bericht dazulegen, wie die materielle Situation von armutsbetroffenen und armutsgefährdeten Erwerbstätigen («Working Poor») verbessert werden kann.

Begründung:

Auch in der Stadt Zürich leben zahlreiche Menschen, die zwar erwerbstätig sind, aber finanziell kaum über die Runden kommen («Working Poor»). Ebenso gibt es zahlreiche Personen, die derart knappe Einkommen erzielen, dass sie kaum am gesellschaftlichen Leben in der Stadt Zürich teilnehmen können und viele materielle Entbehrungen in Kauf nehmen müssen. Gemäss Caritas Schweiz waren 2018 660'000 Menschen armutsbetroffen und über eine Million armutsgefährdet. Genaue Zahlen für die Stadt Zürich sind nicht vorhanden. Ein überdurchschnittliches Armutsrisiko besteht bei alleinerziehenden Elternteilen und Familien mit drei und mehr Kindern sowie bei Menschen mit keiner oder geringer Ausbildung. Unterbeschäftigung oder Tiefstlöhne können die Situation dieser Menschen auf der Einnahmeseite genauso verschärfen wie etwa ein besonderer Bedarf auf der Ausgabeseite. Diese Personen erzielen allenfalls ein Einkommen, das knapp über dem Sozialhilfeniveau liegt, sind aber dennoch von einer Vielzahl von Einschränkungen betroffen. Sie laufen zudem stets Gefahr, bei kleinsten unvorhergesehenen Ausgaben finanziell nicht mehr für den Lebensunterhalt aufkommen zu können oder werden aus finanziellen Gründen komplett von der Gesellschaft ausgrenzt. Dass Kinder überdurchschnittlich oft (und völlig unverschuldet) Leidtragende dieser Situation sind, ist besonders stossend.

Die Covid-Pandemie hat die finanzielle Situation vieler Personen verschärft. So verloren viele Menschen ihre Arbeitsstelle oder mussten ihr Arbeitspensum massiv reduzieren bzw. Aushilfestellen annehmen. Der Stadtrat wird daher gebeten zu untersuchen und in einem Bericht aufzuzeigen, wie diese Personen gezielt unterstützt werden können, beispielsweise durch Vergünstigungen oder einkommensergänzende Transferleistungen.

Mitteilung an den Stadtrat

3544. 2021/47**Postulat von Willi Wottreng (AL), Marco Geissbühler (SP) und 11 Mitunterzeichnenden vom 03.02.2021:
Zentralbibliothek Zürich und Verein Pestalozzibibliothek, Gewährung eines nicht-diskriminierenden Zugangs zur Bücherausleihe für Sans-Papiers**

Von Willi Wottreng (AL), Marco Geissbühler (SP) und 11 Mitunterzeichnenden ist am 3. Februar 2021 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird eingeladen, zu prüfen, wie er darauf hinwirken kann, dass die Zentralbibliothek Zürich und der Verein Pestalozzibibliothek einen nichtdiskriminierenden Zugang zur Bücherausleihe für Sans-Papiers schaffen. Dies kann durch Zulassung einer Sammeladresse bei einer NGO und Gewährleistung einer limitierten Verlustdeckung bei Bücherverlusten erfolgen.

Begründung:

Sans-Papiers haben nicht nur materielle, sondern auch soziale und kulturelle Grundbedürfnisse. Dazu gehört der Zugang zu Bildung und Wissen, was ein Grundrecht darstellt. Sans-Papiers, die sich weiterbilden oder aus kulturellem Interesse Bücher ausleihen wollen, stossen allerdings auf administrative Hindernisse, die sich diskriminierend auswirken. Diese bestehen in Vorschriften bei der Einschreibung: Bei der Zentralbibliothek ist es die Angabe einer Adresse für die neue Plattform SLSP, bei den Pestalozzibibliotheken das Vorzeigen eines Ausländerausweises, beides können Sans-Papiers nicht erbringen.

Die Einführung einer Züri City Card kann zu einer Lösung beitragen, indem dadurch alle Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Zürich ein Dokument für den Identitätsnachweis erhalten. Ebenso wird die Schaffung einer Sammeladresse bei einer NGO für Sans-Papiers, die eine Bibliothek benutzen wollen, dabei helfen, diesen Sans-Papiers den Zugang zu Bibliotheken zu ermöglichen.

Da Buchverluste bei allen Gruppen von Bibliotheksnutzenden vorkommen und bei Sans-Papiers angesichts hastiger Domizilwechsel etwas häufiger, soll der Stadtrat der zuständigen NGO eine limitierte Defizitdeckung sprechen.

Mitteilung an den Stadtrat

3545. 2021/48

**Postulat von Dr. David Garcia Nuñez (AL), Maya Kägi Götz (SP) und 9 Mitunterzeichnenden vom 03.02.2021:
Runder Tisch mit Swissmill und Coop zur Zukunft der Häuser am Sihlquai 280–284 hinsichtlich einer Koexistenz von Wohnen, Gewerbe und Industrieproduktion**

Von Dr. David Garcia Nuñez (AL), Maya Kägi Götz (SP) und 9 Mitunterzeichnenden ist am 3. Februar 2021 folgende Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie mit den Verantwortlichen von Swissmill und Coop Immobilien sowie den Mieter*innen, der Schreinerei am Fluss und Quartiervertreter*innen ein Runder Tisch zur Zukunft der Häuser am Sihlquai initiiert werden kann. Ziel des Dialogs ist die Stärkung der von der Zürcher Bevölkerung vor zehn Jahren mit dem Ja zum Swiss-Mill-Tower gewünschten Koexistenz von Wohnen, Gewerbe und Industrieproduktion durch die langfristige Sicherung der heutigen Nutzungen der Wohn- und Gewerbeliegenschaften der Coop am Sihlquai.

Begründung:

Am 6. Januar 2021 ist das Baugesuch der Coop Immobilien AG für die Umnutzung der zwischen dem Bahn- und Lettenviadukt stehenden Wohn- und Gewerbeliegenschaften Sihlquai 280 bis 284 publiziert worden. Coop will die Liegenschaften aushöhlen und anstelle der heutigen preisgünstigen Wohn- und Gewerbenutzung diverse Büroräumlichkeiten für Swissmill, Labore, eine Versuchsbäckerei, Direktionsbüros sowie zwei vermutlich hochpreisige Dachwohnungen realisieren. Der Umbau kostet 6.3 Millionen Franken.

Aus einem Schreiben der Coop an die Mieter*innen geht hervor, dass die Sanierungsbedürftigkeit der Liegenschaften Auslöser des Bauprojekts war. Da für einmal nicht Rendite- oder Anlageüberlegungen Treiber eines Bauprojekts sind und gleichzeitig anzunehmen ist, dass es für die Befriedigung der Raumbedürfnisse der Swissmill auch andere geeignete Standorte gibt, sollten Alternativen zum eingereichten Bauprojekt geprüft werden, die nicht zum Verlust von Wohn- und Gewerberaum im Kreis 5 führen.

Die Stadt hat den Auftrag, bezahlbaren Wohnraum zu erhalten. Coop und Swissmill dürften als grosser Grundeigentümer in diesem Gebiet des Industriequartiers ein hohes Interesse an einer mit der Stadt abgesprochenen Entwicklung haben. Deshalb sollte geprüft werden, ob die Stadt Coop bei der Suche nach geeigneten oder gar günstigeren Ersatzstandorten für die betrieblichen Bedürfnisse der Swissmill unterstützen kann und die beiden historischen Wohn- und Gewerbehäuser am Sihlquai und deren heutige Nutzungen gesichert werden können. Begrüssenswert wäre, wenn die Coop Immobilien AG die baurechtlichen und mietrechtlichen Verfahren bis zum Abschluss der Gespräche am Runden Tisch sistieren würde.

Mitteilung an den Stadtrat

3546. 2021/49

**Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) vom 03.02.2021:
Einhaltung der Immissionsgrenzwerte der Empfindlichkeitsstufe II bei Gebäuden und Arealen, die neu von der Volksschule genutzt werden**

Von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) ist am 3. Februar 2021 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie bei Gebäuden und auf Arealen, die neu von der Volksschule genutzt werden, der Immissionsgrenzwert der ES II eingehalten werden kann.

Begründung:

Die Anzahl Schülerinnen und Schüler, welche die Volksschule besuchen, nimmt in der Stadt Zürich stark zu – und sie wird in den nächsten Jahren weiter anwachsen. Daher hat die Stadt eine Schulraumoffensive lanciert. Bis 2030 werden einige neue Schulanlagen erstellt und die Kapazität bestehender Schulanlagen wird durch Neubauten erweitert. Zudem werden bestehende Gebäude durch die Stadt gemietet und für schulische Nutzung umgebaut.

Normalerweise liegen Schulareale in der Zone für öffentliche Bauten (Oe) mit der Lärm-Empfindlichkeitsstufe (ES) II. Wenn die Stadt sich einmietet oder eine Liegenschaft im Baurecht übernimmt, ist es möglich, dass das Areal zur ES III gehört.

Beispielsweise ist dies bei der geplanten Schulanlage Höckler der Fall: Das betreffende Areal liegt in der Zentrumszone Z5 mit ES III. Daher gelten gemäss eidgenössischer Lärmschutz-Verordnung um 5 dB(A) höhere Immissionsgrenzwerte. Das heisst, dass tagsüber lediglich der Grenzwert 65 dB(A) eingehalten werden muss – anstelle der bei Schulanlagen üblichen 60 dB(A).

Dauernder Lärm belastet und macht krank. Kinder und Jugendliche sollen sich in der Schule wohl fühlen, sie sollen in Ruhe lernen und draussen spielen können. Weil alle Schulkinder das Recht auf ungestörtes Lernen haben, sollen für alle städtischen Schulgebäude und auf allen Schularealen die gleichen Bedingungen gelten: Die Lärmimmissionen sollen am Tag den Grenzwert der ES II nicht überschreiten.

Mitteilung an den Stadtrat**3547. 2021/50****Postulat von Urs Riklin (Grüne), Selina Walgis (Grüne) und 2 Mitunterzeichnenden vom 03.02.2021:****Erhalt der Gebäude an der Allmendstrasse 91–95 für eine Zwischennutzung bis zum Rückbau unmittelbar vor Baubeginn der Schulanlage Höckler**

Von Urs Riklin (Grüne), Selina Walgis (Grüne) und 2 Mitunterzeichnenden ist am 3. Februar 2021 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Gebäude an der Allmendstrasse 91-95 für eine Zwischennutzung erhalten und zur Verfügung gestellt werden können, bis ein Bauprojekt für die dort vorgesehene Schulanlage Höckler soweit ausgereift ist, damit der Rückbau der bestehenden Gebäude erst unmittelbar vor dem Baubeginn erfolgt.

Begründung:

Mit der Weisung 2020/448 beabsichtigt der Stadtrat, auf dem Grundstück mit der Kat.-Nr. WO6602 an der Allmendstrasse 91-95 eine neue Schulanlage zu erstellen. Für die entsprechende Landnutzung hat der Stadtrat mit den Eigentümern Christopher und Peter Oechsle eine Übernahme des Baurechts für 100 Jahre vereinbart. Demnach wurde vereinbart, dass die Stadt das Baurechtsgrundstück frei von jeglichen Bauten und ohne Abfall und/oder Schadstoffbelastung übernimmt.

Gemäss der in der Weisung 2020/448 angegebenen Terminen wurde der Baurechtsvertrag per Ende 2020 unterzeichnet. Die Bevölkerung wird voraussichtlich Anfang 2024 über den Objektkredit für die Schulanlage befinden können. Der Baubeginn soll ab Herbst 2024 erfolgen, damit die Schulanlage ab dem Schuljahr 2027/28 bezugsbereit ist.

In einem Schreiben der drei Vereine «Zitrone», «Zirkusquartier Zürich» und «Zirkus Knopf» vom 15. Januar 2021 erwähnen die Verfassenden, dass ihnen Informationen vorlägen, dass die Gebäude an der Allmendstrasse 91-95 mutmasslich bereits ab April 2021 rückgebaut werden sollten. Damit würden die bestehenden Gebäude bereits rund drei Jahre vor einem möglichen Baubeginn abgerissen.

Die zum Abriss vorgesehenen Gebäude sind mutmasslich in einem guten Zustand erhalten und könnten bis zum eigentlichen Baubeginn zwischengenutzt werden. In der Stadt Zürich finden sich immer seltener freie Räume und Gebäude, die ohne kommerziellen Druck genutzt werden können. Ein sogenannter «Abriss auf Vorrat», wie er in Zürich häufig praktiziert wird, ist mitunter ein Faktor, weshalb solche Räume fehlen. Der Stadtrat wird daher gebeten zu prüfen, wie die Gebäude erhalten und für eine Zwischennutzung zur Verfügung gestellt werden können, bis das Bauprojekt für die Schulanlage Höckler soweit ausgereift ist, dass der Baubeginn nahtlos an den Rückbau erfolgt.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Motion und die sechs Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

3548. 2021/51

**Schriftliche Anfrage von Maya Kägi Götz (SP) vom 03.02.2021:
Werkplatz Basislager, Pläne für die Nutzung des Areals an der Aargauerstrasse 60–92 und Absichten der Stadt für die Verlängerung des Pachtvertrags, den Erhalt des Basislagers und die Übernahme der Infrastruktur**

Von Maya Kägi Götz (SP) ist am 3. Februar 2021 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Stadt Zürich stellt mit dem Basislager einen Werkplatz mit aussergewöhnlich hoher kultureller und sozialer Vielfalt zur Verfügung: Das Nebeneinander von unterschiedlichsten Unternehmen und Kleinbetrieben schafft einen inspirierenden Rahmen für Handwerk, Kunst, Gestaltung, Planung und Forschung sowie soziale Einrichtungen. Mit seiner mobilen Infrastruktur von 150 Containern ist das Basislager in der Stadt Zürich einzigartig und erfreut sich hoher Beliebtheit: 2018 lag der Leerstand unter 1%. Für viele Nutzerinnen und Nutzer ist das Basislager existenziell für ihr Schaffen auf dem Werkplatz Zürich.

2012 wurde das Basislager nach Altstetten auf das städtische Areal an der Aargauerstrasse 60-92 übersiedelt. Es befindet sich dort in unmittelbarer Nachbarschaft zum Asylzentrum der AOZ und dem Strichplatz.

Die aktuellen Mietverträge der Mieterinnen und Mieter des Basislagers enden 2022 und müssen mit der Verwaltung (Fischer AG) für weitere 5 Jahre neu verhandelt werden. Der Pachtvertrag zwischen der Stadt Zürich und der Eigentümerschaft (SwissLife) endet 2027.

Im September 2020 hat sich die Interessensgemeinschaft «IG Basislager» gegründet, um die Anliegen der rund 240 Nutzerinnen und Nutzer zu vertreten. Eine zentrale Aufgabe des Vereins besteht darin, sich für die langfristige Nutzung des Basislagers einzusetzen. Neben infrastrukturellen Anpassungen soll auch in Erfahrung gebracht werden, unter welchen Voraussetzungen eine Nutzung des Areals über 2027 hinaus gesichert/gewährleistet werden kann.

Eine frühzeitige Klärung über den Zeithorizont einer künftigen Nutzung des Areals und Aussagen darüber, ob die Stadt eine Weiterbetrieubung des Basislagers in der bestehenden begrüsst, schafft Transparenz und erhöht die Planungssicherheit für die IG Basislager und alle Mieterinnen und Mietern auf dem Areal.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie plant die Stadt das Areal an der Aargauerstrasse 60-92 ab September 2027 zu nutzen?
2. Wie werden Strichplatz und AOZ nach 2027 betrieben? Am gleichen Ort? Gibt es hier konkrete Pläne seitens der Stadt Zürich?
3. Hat die Stadt die Absicht, den Pachtvertrag nach 2027 zu verlängern? Wenn ja, für wie lange und in welchem Pachtverhältnis?
4. Sollte die Verlängerung des Pachtvertrages über 2027 nicht möglich sein: Gibt es im Stadtraum eine vergleichbare Liegenschaft/Brache, die den Raumbedarf des heutigen Ensembles an der Aargauerstrasse decken könnte? Wenn ja, welche?
5. Beabsichtigt die Stadt, den Werkplatz Basislager über 2027 hinaus zu erhalten?
6. Bekennt sich die Stadt zum Fortbestand des Basislagers am Standort Aargauerstrasse über 2027 hinaus? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, in welcher Form?
7. Bereits 2012 hat die Stadt die Übernahme der Infrastruktur des Basislagers von der SwissLife geprüft. Damals sind die Verhandlungen gescheitert. Ist eine Wiederaufnahme dieser Verhandlung 2021 seitens der Stadt denkbar? Wenn ja, unter welchen Bedingungen?

Mitteilung an den Stadtrat

3549. 2021/52**Schriftliche Anfrage von Res Marti (Grüne) und Andreas Egli (FDP) vom 03.02.2021:****Signalisation von Zonen und Strecken mit Tempo 30, Möglichkeiten für eine Markierung von «30» auf der Fahrbahn auch bei einer Streckensignalisation**

Von Res Marti (Grüne) und Andreas Egli (FDP) ist am 3. Februar 2021 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

In der Stadt Zürich wird im Zusammenhang mit der Strassenlärmsanierung oder auch der Verkehrssicherheit die Herabsetzung der Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h auf 30 km/h nicht nur als Zonen-Signalisation (Tempo 30-Zone), sondern häufig auch als Streckensignalisation verfügt. Das ist bei Strassen mit hohem Verkehrsaufkommen zweckmässig, weil dann – anders als in Tempo 30-Zonen – die Fussgängerstreifen nicht aufgehoben werden müssen, wie es das übergeordnete Recht bei einer Zonensignalisation verlangt. Zudem gilt – ebenfalls anders als in Tempo 30-Zonen – nicht zwingend Rechtsvortritt (der für die Priorisierung des öffentlichen Verkehrs oder für die Erstellung von Velovorzugsrouten ungünstig sein kann).

Ein Nachteil der Streckensignalisation ist allerdings, dass keine Markierungen «30» auf der Fahrbahn angebracht werden können. Diese wären aber für die Verkehrsteilnehmenden hilfreich, denn es kommt immer wieder vor, dass zu schnell gefahren wird, weil man schlicht nicht wahrgenommen hat, dass Tempo 30 gilt. Eine Markierung von «30» auch bei Streckensignalisationen würde dazu führen, dass die angeordnete Höchstgeschwindigkeit mit einfachen Mitteln und ohne zusätzlichen Schilderwald besser eingehalten würde. Das würde die Wirkung der Lärmschutzmassnahme erhöhen und den Fahrzeuglenkenden, die ansonsten versehentlich zu schnell fahren, bliebe eine Busse erspart.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Teilt der Stadtrat die Meinung, dass eine Markierung von «30» auch bei Streckensignalisationen in gewissen Situationen sinnvoll wäre?
2. Sieht der Stadtrat eine Möglichkeit, auch bei Streckensignalisationen eine Markierung von «30» anzubringen?

Mitteilung an den Stadtrat

3550. 2021/53**Schriftliche Anfrage von Sven Sobernheim (GLP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 03.02.2021:****Stadtmagazin unter vbzonline, Anzahl Zugriffe auf das Portal und auf die redaktionellen Beiträge, Angaben über die Kosten, die bisherige Entwicklung und die Zielgruppe sowie Hintergründe zum Betrieb des Portals und zur möglichen Weiterentwicklung**

Von Sven Sobernheim (GLP) und 2 Mitunterzeichnenden ist am 3. Februar 2021 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Seit September 2015 betreibt die VBZ unter www.vbzonline.ch ein, gemäss eigener Aussage, «Stadtmagazin». Aufgrund der nichtvorhandenen Medienresonanz ist es schwierig einzuschätzen ob das Portal erfolgreich ist und die Ziele erreicht wurden.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele Zugriffe pro Jahr weist www.vbzonline.ch auf?
2. Wie viele Artikel werden im Schnitt im Jahr produziert und wie gut werden die einzelnen Artikel geklickt?
3. Hat das Portal sich wie geplant entwickelt? Wie sehen die Zahlen im Vergleich zum ursprünglich geplanten Case aus?
4. Was sind die Kosten, welche pro Jahr für das Portal anfallen?
5. Wer ist die Zielgruppe des Portals?
6. Was sind die Beweggründe für den Betrieb eines eigenen «Stadtmagazins»?

7. Wie soll sich das Portal weiterentwickeln?
8. Was wären Gründe für das Einstellen des Portals?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

3551. 2020/116

SK SD, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Tobias Baggenstos (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2020–2022

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 1. Februar 2021):

Sebastian Zopfi (SVP)

Mitteilung an den Stadtrat und an den Gewählten

3552. 2020/418

Schriftliche Anfrage von Simone Brander (SP), Pascal Lamprecht (SP) und 11 Mitunterzeichnenden vom 23.09.2020:

Förderung des öffentlichen Verkehrs (öV), Massnahmen der Stadt zur Erleichterung des Umstiegs vom Auto auf den öV und gesetzliche Grundlagen und Kosten für eine Gratiszone 110 sowie Bewertung der damit verbundenen Nachfragesteigerung und der Finanzierung des entsprechenden Angebotsausbaus

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 49 vom 20. Januar 2021).

3553. 2020/420

Schriftliche Anfrage von Pascal Lamprecht (SP) und Olivia Romanelli (AL) vom 23.09.2020:

Hundezonen in der Stadt Zürich, Überlegungen für die Einrichtung gemischter Zonen und Einbezug positiver Beispiele betreffend räumlicher Trennung sowie Kennzeichnung der Zonen und Durchsetzung der neuen Vorschriften

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 57 vom 20. Januar 2021).

3554. 2020/421

Schriftliche Anfrage von Martin Götzl (SVP) und Christian Huser (FDP) vom 23.09.2020:

Drogendelikte rund um den Marktplatz Oerlikon, Abklärungen und Massnahmen der städtischen Dienstabteilungen und der AOZ sowie registrierte Straftatbestände im Zusammenhang mit diesen Drogendelikten

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 56 vom 20. Januar 2021).

3555. 2020/443

Schriftliche Anfrage von Martina Zürcher (FDP) und Hans Dellenbach (FDP) vom 30.09.2020:

Prüfung einer Zusammenlegung der beiden städtischen Wohnbaustiftungen, Vorteile der heute separat operierenden Stiftungen, Varianten und Konsequenzen einer Zusammenlegung sowie mögliches Vorgehen zur Realisierung dieser Absicht

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 52 vom 20. Januar 2021).

3556. 2020/460

Schriftliche Anfrage von Raphaël Tschanz (FDP), Mélissa Dufournet (FDP) und 3 Mitunterzeichnenden vom 21.10.2020:

Nicht als Werbung deklarierte Beiträge und Kolumnen im Tagblatt, Zulässigkeit und Überprüfung des entsprechenden Redaktionsstatuts sowie Berechnung des Werbewerts einer Kolumne und Verrechnung des entgangenen Werbeerlöses

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 60 vom 20. Januar 2021).

3557. 2020/461

Schriftliche Anfrage von Severin Pflüger (FDP) und Martina Zürcher (FDP) vom 21.10.2020:

Ausnahmen bei Halteverböten, Zulässigkeit von generellen Ausnahmen betreffend Zeitperiode und für «Züri Velos» im Besonderen sowie Durchsetzung des Verbots gegenüber anderen Velofahrenden, Verleihsystemen und den Logistikfahrzeugen von «Züri Velos»

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 55 vom 20. Januar 2021).

3558. 2020/475

Schriftliche Anfrage von Dr. Florian Blättler (SP) und Dr. Christian Monn (GLP) vom 28.10.2020:

Standplätze für gemeinnützige Bootsharing-Organisationen des Segelsports, Angaben betreffend berücksichtigte Organisationen, Anzahl Standplätze, Zuteilungskriterien und vom Kanton bewilligte Kontingente für gewerbliche Nutzungen, Vereine und Bootsharing-Organisationen und Gründe für die Beschränkung dieser Kontingente sowie Ergebnisse der Standplatzkontrollen

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 53 vom 20. Januar 2021).

3559. 2020/476

Schriftliche Anfrage von Samuel Balsiger (SVP) und Rolf Müller (SVP) vom 28.10.2020:

Illegale Veranstaltungen auf dem besetzten Koch-Areal, Schätzungen zu den Umsätzen und Gewinnen, Kenntnisse bezüglich Verwendung dieser Mittel sowie Beurteilung dieser Veranstaltungen bezüglich Einhaltung der geltenden Gesetze und Verordnungen

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 54 vom 20. Januar 2021).

3560. 2020/493

Schriftliche Anfrage von Samuel Balsiger (SVP) und Johann Widmer (SVP) vom 04.11.2020:

Zahlen zur Sozialhilfe in der Stadt, Anzahl Haushalte und Personen, die über einen gewissen Zeitraum und über gewisse Beträge Sozialhilfe beziehen und Bezeichnung der Nationalitäten sowie Folgen für die Aufenthaltsbewilligungen ausländischer Personen

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 59 vom 20. Januar 2021).

3561. 2020/277

Weisung vom 01.07.2020:

Motion von Andreas Kirstein und Albert Leiser betreffend befristete Reduktion der Grundgebühren der Wasserversorgung um 50 Prozent, Bericht und Abschreibung

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 18. November 2020 ist am 25. Januar 2021 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 10. Februar 2021.

Nächste Sitzung: 10. Februar 2021, 17 Uhr.